Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

09.06.1998 - Drucksache 14/1035

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
14. Wahlperiode

Drucksache 14/1035
09. 06. 98

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Atomtransporte dauerhaft einstellen — Energiewende jetzt

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Bei Transporten von abgebrannten Brennelementen von deutschen Atomkraftwerken in die Wiederaufbereitungsanlagen von La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) wurden Kontaminationen mit Radioaktivität gefunden, die bis zu 3000mal höher waren als die Grenzwerte. Die Atomindustrie, der die gravierenden Grenzwertüberschreitungen seit langem bekannt waren, hat die Vorfälle bewußt verschwiegen. Die Kontrolle der Risikotechnologie Atomenergie durch die Politik hat versagt. Die Bundesumweltministerin weigert sich, die politische Verantwortung zu tragen und zurückzutreten. Die vorsätzlichen Täuschungen seitens der Atomindustrie, eine atomfreundliche Prüfbehörde und völlig unzureichende Kontrollen haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Atomwirtschaft und die Politik nachdrücklich gestört.

Da Castor-Transporte über bremisches Gebiet führen, ist auch von einer Beeinträchtigung der Sicherheit im Lande Bremen auszugehen. Die bremische Bevölkerung, das Begleitpersonal von Polizei, Bahnbediensteten und andere Betroffene haben ein Recht auf umfassende Information über die Gefährdungen im Land Bremen. Weiterhin sind die Polizeibeamtinnen/-beamten umfassend über Gefährdungen im Zusammenhang mit Begleitungen von Atomtransporten außerhalb Bremens zu unterrichten. Für die Betroffenen müssen alle Informationen und Akten offfengelegt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zur Aufklärung möglicher Grenzwertverletzungen bei Atomtransporten im Land Bremen beizutragen. Dazu gehört, zu gewährleisten, daß im Bericht des Hafensenators an den Hafenausschuß und die Hafendeputation alle Atommülltransporte aufgelistet und veröffentlicht werden, die im Land Bremen in den letzten 15 Jahren die zulässigen Strahlengrenzwerte überstiegen, sowie deren Strahlenwerte, den Zeitpunkt des Transports und die jeweilige Wegstrecke.

2. die Strahlenbelastung des Personals, das bei Atomtransporten eingesetzt wurde, zu untersuchen und zu dokumentieren, Gesundheitsgefährdungen zu bewerten und die Betroffenen zu beraten.

3. sich auf Bundesebene für eine Beendigung der Wiederaufbereitung einzusetzen und alle Transporte zu den Wiederaufbereitungsanlagen endgültig einzustellen.

4. sich auf Bundesebene für einen Verbleib der abgebrannten Brennelemente am Standort der jeweiligen Atomkraftwerke einzusetzen bis zur Klärung der Endlagerung.

5. sich auf Bundesebene für einen Ausstieg aus der risikoreichen Atomenergie und für eine Energiewende mit einem Ausbau der regenerativen Energien, der rationellen Energienutzung und optimierten Wärmestandards einzusetzen.

Elisabeth Wargalla,
Schramm, Mützelburg und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen